

Dr. Edwin Schudlich

Frankfurt am Main, Juli 2005

**Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.  
im Rahmen des Projekts ARBEITSHAUS. einatmen. ausatmen.  
am 7. Juli 2005 in Dresden**

## **Ein Grund zum Leben**

### ***Diskussionsforum zum Bedingungslosen Grundeinkommen***

#### **- THESEN -**

#### **Einleitung**

Es war vor knapp 10 Jahren , als ich zum ersten Mal in einer Diskussion mit der Forderung nach einem „arbeitslosen Grundeinkommen“ konfrontiert wurde und sie damals - reflexhaft aber mit vollster Überzeugung - ablehnte. Mittlerweile habe ich mich sachkundig gemacht und meine Meinung grundlegend geändert.

Dabei habe ich festgestellt, das die Veröffentlichungen dazu so zahlreich und vielfältig sind, und die darin vorgetragenen Argumente und Begründungen in der Regel so überzeugend, dass sich die Frage sich aufdrängt, warum dieses Projekt bislang noch nicht realisiert wurde.

#### **1. Zur Umsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens reicht reine Überzeugung nicht aus.**

Diese Frage weist auf ein folgenreiches Defizit in der Diskussion um das BGE hin. Es fehlt nämlich vor allem eine Analyse der politischen Interessen und der gesellschaftlichen Kräfte, die mächtig genug wären, diese Forderungen durch zu setzen.

Meines Erachtens nach reicht nämlich „Überzeugungsarbeit“ allein nicht aus, sondern es müssten die bestehenden „Herrschaftsstrukturen“ in unserer Gesellschaft in die Diskussion einbezogen werden.

Mit anderen Worten, wir müssen danach fragen, welche soziale Gruppen, Schichten oder von mir aus auch Klassen und welche Institutionen und Organisationen bereit sind und in der Lage, eine solche Veränderung zu realisieren?

An dieser Stelle rücken vor allem auch die Gewerkschaftsorganisationen ins Blickfeld des Interesses, da sie zumindest temporär und partiell - etwa in Tarifikämpfen - gegenüber der Herrschaft in Wirtschaft und Gesellschaft eine Gegenmacht entfalten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Sie wären am ehesten in der Lage, aber sind auch dazu bereit ?

Man könnte meinen, dass der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auch ein offenes Ohr haben für die Forderung nach einem - der herrschenden Wirtschaftsordnung zuwider laufenden - BGE und sich für dessen Realisierung stark machen.

Dem ist aber keineswegs so - von "privaten" Meinungsäußerungen z.B. des hessischen Ver.di Bereichsleiter Volker Koehnen in der FR vom 1. Juli 2005 einmal abgesehen.

## **2. Der wirtschaftspolitische Mythos - Konjunkturaufschwung und Wachstum schaffen allein keine Vollbeschäftigung**

In den neuesten „gewerkschaftlichen Anforderungen“ des DGB vom Juni diesen Jahres zur anstehenden Bundestagswahl wird nur Altbekanntes wieder gekäut.

Zitat: „Nur mit einer aktiven Wirtschaftspolitik, die sich der Mittel expansiver Geld- und Finanzpolitik bedienen kann, ist die Wachstumsschwäche und Arbeitsmarktkrise überwindbar.“

Da ist sie wieder die Chimäre, dass nur die Steigerung des Wirtschaftswachstum neuen Wohlstand und Vollbeschäftigung bringe.

Einmal von den desaströsen Folgen u.a. für die Umwelt abgesehen gehören die meisten wirtschaftswissenschaftlichen Analysen und Prognosen dazu in das Reich der Fabel und der Illusion. Und die darauf basierende Wirtschaftspolitik hat es in den letzten 25 Jahren nicht vermocht, die massenhafte Arbeitslosigkeit zu senken. Die Arbeitszeitverkürzungen seit den achtziger Jahren, die zumindest die damals bestehenden Arbeitsplätze zu sichern halfen, werden kassiert. Die Arbeitszeiten werden statt dessen wieder verlängert mit der Folge, dass die Produktion mit noch weniger Menschen geleistet werden kann.

Afheldt schreibt in seinem lesenwerten Buch „Wirtschaft, die arm macht“ dazu: „Hoffen, die zentralen Probleme Abwanderung von Industrie, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung würden sich durch eine Konjunkturverbesserung lösen, wird so zum Warten auf Godot - und der kam bekanntlich nie.“

Denn Tatsache ist, dass vor allem mit dem rasanten technischen Fortschritt auf Grundlage der Mikroelektronik der Gleichklang von Wachstum der Wirtschaft und der Beschäftigung spätestens seit den siebziger Jahren zu Ende gegangen ist. Die Produktivität steigt mittlerweile schneller als die Wirtschaft wächst. Im selben Maße wird lebendige Arbeit für das Kapital überflüssig und Arbeitslosigkeit ist die notwendige Folge.

Tatsache ist aber auch, dass unsere Gesellschaft reicher ist als zuvor. Das Sozialprodukt wuchs seit 1950 stetig um etwa 500 Mrd. DM pro Jahr (Afheldt S. 15) Trotzdem nahm die soziale Ungleichheit vor allem in den letzten 25 Jahren immer weiter zu. Während die einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen explodierten, stagnierten die Einkommen der abhängig Beschäftigten. (Afheldt S. 32)

Vor diesem Hintergrund sind neue Ideen und Visionen - wie das bedingungslose Grundeinkommen - gefragt, die sich von den Versprechungen der neoliberalen Heilsbringer nicht irre machen lassen.

### **3. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist nicht neu**

Schon vor dreißig Jahren hatte André Gorz in seinem Büchlein „Wege ins Paradies“ eine lebenslängliche Einkommensgarantie - verbunden mit einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 20.000 Stunden - gefordert.

Oskar Negt plädiert in seinem Buch „Arbeit und menschliche Würde“ ebenfalls für ein „Grundeinkommen“, das alle Bürger und Bürgerinnen erhalten sollen, und verweist in diesem Zusammenhang auf die finanzielle Vergütung für die Griechen im alten Athen für ihre Beteiligung am politischen Leben. Damals allerdings leisteten Sklaven anstelle moderner Maschinen die gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Beide Autoren - aber nicht nur sie - Gorz und Negt - verweisen auf die gesellschaftsverändernde Dynamik einer solchen Einkommensgarantie, da sie die teilweise Aufhebung der Marktgesetze und des Verwertungszusammenhangs nach sich ziehe.

Denn im Gegensatz zu den bestehenden finanziellen Transferleistungen des Staates für „sozial Schwache“ würde die lebenslange Einkommensgarantie „nicht mehr als Entschädigung, Beihilfe oder staatliche Betreuung des Individuums, sondern als die gesellschaftliche Form angesehen, die das Einkommen annimmt, wenn die Automatisierung nicht nur den ständigen Zwang zur Arbeit, sondern auch das Wertgesetz und die Lohnabhängigkeit selbst abgeschafft hat.“ (Gorz)

Für Negt hätte die Einführung eines arbeitslosen Grundeinkommens sogar systemsprengenden Charakter, weil es „die in Marktgesellschaften bisher übliche Verkoppelung von Arbeitsleistung und Einkommen partiell auflöst“.

Die Forderung nach einem arbeitslosen Grundeinkommen hat also Nichts gemeinsam mit einer staatlichen „Almosenpolitik“, zu der konservative Politiker und Unternehmer gern zurück kehren möchten.

Es wäre kein „Arbeitslosensalär“, sondern das jedem Bürger und jeder Bürgerin zustehende Entgelt für die auf das Arbeitsleben verteilte gesellschaftliche notwendige Arbeit in einer an den Bedürfnissen und nicht am Profit orientierten Ökonomie.

Das ist ein großes Ziel, das ohne eine machtvolle soziale Bewegung und entsprechenden Organisationen nicht erreicht werden kann. Deshalb ist es so wichtig zu klären, inwieweit die Gewerkschaften sich mit einem BGE anfreunden könnten.

#### **4. Die Gewerkschaften - Bündnispartner oder Hemmschuh bei der Realisierung eines Grundeinkommens**

Ich möchte nun der Frage nachgehen, weshalb es auf Gewerkschaftsseite so schwer ist, den Sinn und die Vorteile eines BGE

zu vermitteln und welche Hindernisse und Schwierigkeiten ein Bündnis zwischen Gewerkschaften und Initiativen zur Einführung eines BGE bislang verhinderten.

Dazu die folgenden vier Anmerkungen:

#### **4.1 Die Gewerkschaften sind in die bestehende Wirtschaftsordnung integriert und damit Teil des Problems**

Die Realisierung eines bedingungslosen Grundeinkommens stößt in der Regel nicht nur bei den „natürlichen“ Gegnern auf Kapitaleseite, sondern bemerkenswerter Weise auch bei den lohnabhängigen Menschen und ihren Organisationen selber auf nicht geringe Vorbehalte, die bis hin zu aggressiver Ablehnung reichen.

Gerade die Gewerkschaften haben im Umgang mit einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ besondere Schwierigkeiten.

Der Grund: Sie sind in der Eigen- wie Fremdeinschätzung die Interessenvertretung aller erwerbstätigen Menschen, ihr Aktionsfeld ist traditionellerweise die Regelung der Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit, also die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ihr „Kerngeschäft“ ist und bleibt die Tarifpolitik.

Mit anderen Worten: Sie verhandeln mit den Arbeitgebern über den Tausch der Ware Arbeitskraft. Menschen ohne Erwerbsarbeit besitzen für kürzere oder längere Zeit keinen Tauschwert, sie sind daher nicht primäre Interessengruppe der Gewerkschaften. (So konnten Arbeitslose z.B. jahrzehntelang nicht in die Gewerkschaften eintreten!)

Zu bedenken wäre auch, dass eine - notwendigerweise gesetzliche - Regelung eines BGE aus ihrer Sicht die Tarifautonomie und ihre damit verbundene Regelungsmacht aushöhlen. Während die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit den Gewerkschaften - und den Arbeitgeberverbänden - eine größtmögliche Autonomie bei der tariflichen Gestaltung der Lohnbedingungen einräumt, schwände ihr Einfluss auf ein Gesetzgebungsverfahren zur Einführung eines BGE entscheidend - und damit ein Teil ihrer Legitimation und Macht. (Die jüngste gewerkschaftliche Diskussion um einen Mindestlohn kann dafür als instruktives Beispiel dienen.)

Hinzu kommen jedoch noch weitere, vielleicht sogar folgenreichere Hindernisse:

Die mit der „protestantischen Ethik“ - ein mit dem „Geist des Kapitalismus“ wahlverwandter Begriff von Max Weber - verbundenen, tief verinnerlichten Leistungsnormen der Verwertungslogik der kapitalistischen Produktionsweise verhinderten bisher erfolgreich die Öffnung des Bewusstseins der meisten Menschen und die Öffnung der Politik der Gewerkschaften für Neues, über das Bestehende hinaus Reichendes.

Die in den drei Jahrhunderten seit der Entstehung der kapitalistischen Ökonomie verinnerlichten psycho-sozialen Strukturen haben dazu geführt, dass nicht nur Kirche und Kapital, sondern auch die große Mehrheit der lohnabhängigen Menschen und ihre Interessenvertreter den an Erwerbsarbeit und Leistungsprinzip orientierten Normen folgen, und mehr oder weniger der festen Überzeugung sind, dass derjenige, der nicht arbeitet, auch nicht essen soll.

Selbst wenn der religiöse Bezug im Laufe der Geschichte sich gelockert hat oder ganz verschwunden ist, bleibt dieses Dogma

in säkularisierter Form weiter wirksam: Wirtschaftlicher Erfolg galt seinerzeit als Beleg für *Auserwähltsein*, heute als Legitimation für gesellschaftliche Macht und Ansehen. Wirtschaftlicher Misserfolg, Armut und Arbeitslosigkeit galten seit je als selbstverschuldet.

Diese Überzeugungen üben auch heute noch bei der Mehrheit der Menschen und deren Interessenvertretungen ihre verhängnisvolle Wirkung aus.

So gesehen sind die Gewerkschaften eher Teil des Problems und - noch ? - nicht dessen Lösung.

#### **4.2 Der neoliberale Marktradikalismus drängt die Gewerkschaften in die Defensive**

Insbesondere zwei Entwicklungen engen den aktuellen Handlungsspielraum der Gewerkschaften entscheidend ein und lassen ihre überkommene Machtbasis schwinden:

1. In den siebziger Jahren führten Umbrüche in der Organisation der Produktion und der Arbeit zum Ende des „fordistischen Arrangements“ auf der betrieblichen Ebene.

Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene ging damit einher die Ablösung des keynesianischen Paradigmas durch die neoliberale Politik im Rahmen der Globalisierung und die zunehmende Orientierung am shareholder-value.

Die gewerkschaftliche Interessenpolitik wird in dieser Doktrin als Hindernis eines freien Marktes angesehen und als Mitverursacher für die Unterbeschäftigung. In dieser Auseinanderset-



zung werden sie - mit einigem Erfolg - nicht nur von Westerwelles FDP als „Plage“ diffamiert.

2. Die Arbeits-Produktivität hat - vor allem durch Elektronik und Automation - immens zugenommen und sich seit 1960 verdreifacht. Sie führt aber nicht mehr wie früher zu Wohlstandseffekten - also höhere Einkommen und kürzere Arbeitszeiten - sondern zu massenhafter Arbeitslosigkeit und Armut.

Das sind neue Herausforderungen für die Gewerkschaften, auf die sie noch keine befriedigende Antwort gefunden haben. Bis in die siebziger Jahre hinein galt nämlich der technische Fortschritt und die Steigerung der Produktivkraft als Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen.

Nun wird die Produktivitätssteigerung aber zu einem immer größer werdenden gesellschaftlichen Problem:  
Die (bezahlte) Erwerbsarbeit schwindet in entscheidendem Maße.

Die Antwort der Gewerkschaften auf diese neuen politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen und die marktradikalen Angriffe des Kapitals beschränkt sich bislang in der Regel - um den jeweiligen „Standort zu sichern“ - auf betrieblicher Ebene auf die Forderung nach dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und nach einem „sozialverträglichen“ Arbeitsplatzabbau.

Und auf nationaler Ebene fordern sie von der Regierung - ganz in der keynesianischen Tradition - ein Investitions- und Vollbeschäftigungsprogramm, um das Wirtschaftswachstum und die (Binnen-)Konjunktur anzukurbeln.

Über die bestehenden Herrschaftsstrukturen hinausgehende Visionen werden von den Gewerkschaften so gut wie nicht entwickelt und bestimmen schon gar nicht ihre politische Praxis. Weil ihnen Utopien von einer gerechteren Gesellschaft abhanden gekommen sind, bleibt ihnen nur die „Tagespolitik“ und - im neoliberalen Korsett gefangen - im kapitalistischen Rahmen des „Möglichen“ zu agieren.

#### **4.3 Die Gewerkschaften müssen - inhaltlich wie organisatorisch - ihren Horizont öffnen**

Wenn unsere Gesellschaft offensichtlich die klassische „Vollbeschäftigung“ nicht mehr garantieren kann, sie andererseits aber reicher ist als je zu vor, steht die Forderung nach einem BGE - und nach massiver Arbeitszeitverkürzung - objektiv auf der Tagesordnung.

Die Übernahme der Forderung nach einem BGE durch die Gewerkschaften würde ihrer kurzatmigen Tagespolitik wieder eine Perspektive eröffnen und ihnen einen neuen gesellschaftspolitischen Schub verleihen.

Voraussetzung allerdings wäre die Öffnung ihres betrieblichen Aktionsfeldes in bisher nicht oder kaum betreute Bereiche des sozialen Lebens.

Oskar Negt hält in diesem Zusammenhang die „Erweiterung des Betriebsansatzes“ und eine „Mandatserweiterung“ auf „außerbetriebliche Erfahrungsräume“ ( Stadtteil, Kultur, Öffentlichkeit) für unumgänglich.

#### **4.4. Eine sozial gerechtere Gesellschaft ist nur vorstellbar, wenn über die Strukturen hinaus gedacht wird**

Während die Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach Vollbeschäftigung der bestehenden Wirtschaftsordnung verhaftet bleiben, zeigt die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen einen möglichen Weg aus der politisch-ökonomischen Krise.

Mit dem Einlösen dieser Forderung wäre zugleich ein erster Schritt getan, sich von den herrschenden ökonomischen Zwängen zu emanzipieren und die Utopie einer humanen Gesellschaft zu konkretisieren.

Diese Zielsetzung war lange Zeit für die Gewerkschaftsorganisationen handlungsleitend. Sie verbanden die Tarifpolitik mit weitergehenden gesellschaftspolitischen Forderungen - z. B. nach Demokratisierung auch der Wirtschaft. An diese Tradition wieder anzuknüpfen und sich aus der neoliberalen Umklammerung zu befreien, wäre ein aussichtreicher Weg, um aus ihrer Krise heraus zu kommen. Dies würde dann auch ein Bündnis zwischen Organisationen, die für das BGE eintreten, und den Gewerkschaften erleichtern.

Ein zentraler Punkt in einem neuen gewerkschaftlichen Selbstverständnis sei - Negt zu Folge -, „die Spannung zwischen pragmatischen Einzelschritten, zu deren Durchsetzung ihre Macht ... ausreicht, und der durch Wissen gesättigten Utopie auszutragen. Denn wer nicht die Herrschaftsverhältnisse als Ganzes abschaffen will, wird sie auch nicht in ihren Teilaspekten überwinden können.“